

Rede für Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld
zur Begrüßung der TeilnehmerInnen des Dt.-Finn. Kongresses
am Dienstag, 02.09.08, 10.50 Uhr,
Stadthalle

Sehr geehrter Herr Botschafter Helenius,
sehr geehrter Herr Nousiainen,
sehr geehrte VertreterInnen des Verbandes der Städte, Gemeinden und Regionen Finnlands
sowie des Rates der Gemeinden und Regionen Europas,
liebe Gäste,

ich begrüße Sie herzlich zum 9. Deutsch-Finnischen Kommunalpartnerschaftskongress in
Mülheim an der Ruhr. Ich freue mich sehr, dass so viele Interessierte gekommen sind, um
gemeinsam über die Rolle der Kommunen in einer sich verändernden Welt zu diskutieren.

Wenn wir in Mülheim an der Ruhr mit finnischen FreundInnen über Europa und die
Beziehungen zwischen unseren Ländern und Städten sprechen, so können wir dies nicht
tun, ohne eines Mannes zu gedenken, ohne den die Entwicklung unserer
Städtepartnerschaft mit Kuusankoski sicher nicht so erfolgreich verlaufen wäre. Vor einem
Jahr – im Juli 2007 – starb der vormalige Stadtdirektor unserer finnischen Partnerstadt –
Reijo Huttunen. Träger des Ehrenrings unserer Stadt. Wir sind dankbar für sein Engagement
und werden ihn in ehrendem Andenken behalten.

Anrede

Unser Europa soll das Europa der BürgerInnen werden. So steht es im Vertrag von
Lissabon. Nur wenn dieser Anspruch auf unbedingte Bürgernähe tatsächlich eingelöst wird,
werden die EuropäerInnen die EU als ihre Heimat auch akzeptieren und sich für ein
friedliches Miteinander einsetzen. Davon bin ich fest überzeugt.

Aus Sicht der Kommunen kommt deshalb dem im Dezember 2007 in Lissabon feierlich
unterzeichneten EU-Reformvertrag eine herausragende Bedeutung zu. „Dieser Vertrag ist
ein Meilenstein für die Entwicklung kommunaler Rechte gegenüber der EU“, sagt Uwe

Zimmermann in der Ausgabe 02/2008 des (Rechtsberaters) „Kommunaljurist“. Und ich stimme ihm da voll zu.

Der Vertrag legt größten Wert auf die Beachtung des kommunalen Selbstbestimmungsrechts und betont, wie wichtig es ist, die verschiedenen nationalen Identitäten aller EU-Mitgliedsstaaten zu bewahren. Dass dies so explizit in den Vertrag aufgenommen wurde, dafür haben sich die Städte und Gemeinden im Vorfeld der Unterzeichnung stark gemacht. Damit ist eine der Forderungen umgesetzt, die die kommunalen Spitzenverbände eingefordert hatten.

Besondere Pluspunkte des Reformvertrages sind auch die ausdrückliche Erwähnung der Kommunen im Subsidiaritätsartikel des zukünftigen EU-Vertrages und die Verpflichtung der EU-Organen zu umfangreichen Konsultationen der Verbände im Vorfeld von EU-Gesetzgebungsverfahren.

Dass der Ausschuss der Regionen gestärkt und mit einem eigenen Klagerecht vor dem EuGH ausgestattet wurde, trägt ebenfalls in erheblichem Ausmaß dazu bei, den BürgerInnen in dem großen Ganzen eine Stimme zu verleihen. Damit eben nicht der Eindruck erweckt wird, alles entscheide sich „nur am grünen Tisch“ und über die Köpfe der BürgerInnen hinweg. Diesen Eindruck manifest werden zu lassen, wäre aus meiner Sicht fatal. Die Forderung nach Bürgernähe darf nämlich nicht nur auf die kommunale Ebene beschränkt bleiben. Sie muss für alle anderen Instanzen ebenfalls gelten.

Bei aller Euphorie möchte ich nicht verschweigen, dass wir die neue EU-Gesetzgebungskompetenz in der öffentlichen Daseinsfürsorge mit Skepsis betrachten. Hier wird sich zeigen, ob der Wettbewerbsgedanke nicht zum alleinigen Leitprinzip europäischer Politik wird. Denn eines ist sicher: Auch künftig müssen alle BürgerInnen Zugang zu grundlegenden Leistungen der Daseinsvorsorge haben.

Städte sind die Lebensräume der Zukunft. Bereits heute leben 50 Prozent der Weltbevölkerung in Städten. In 30 Jahren werden es zwei Drittel aller Menschen sein. Deshalb wird sich in diesen internationalen Städten die Zukunft der Menschheit entscheiden.

Was heißt das konkret für uns in Europa? Was bedeutet es, im 21. Jahrhundert in den europäischen Städten zu leben? Wie füllen die Staaten und Gemeinden den Vertrag von Lissabon mit Leben? Schließlich sind die Kommunen grundsätzlich jene Orte, in denen die

Menschen am unmittelbarsten mit den kleinen und großen Folgen politischer Entscheidungen konfrontiert werden. Insofern kommt ihnen auch eine besondere Rolle im politischen Vermittlungsprozess zu.

Die Kommune bildet gerade in Zeiten, in denen die gesellschaftliche Entwicklung es an Stetigkeit vermissen lässt, einen wichtigen, auch emotionalen Bezugspunkt, die sich mit dem bereits erwähnten Begriff des Heimatgefühls umschreiben lässt. Und genau darum müssen wir auf diese und noch viele andere Fragen zu den Mega-Trends unserer Zeit Antworten finden. Diese Themen, das sind Globalisierung, Religiöser Fundamentalismus, Migration, Demografischer Wandel und Klimawandel.

Leider sind so elementare Entwicklungen wie (ökonomische) Globalisierung, demographischer Wandel, Migration und zuletzt auch religiöser Fundamentalismus und Klimawandel lange nicht in ihrer vollen Tragweite erkannt und hinsichtlich ihrer unmittelbaren Auswirkungen auf das ganz alltägliche Miteinander der Menschen in ihren Städten erkannt worden.

Ich bin überzeugt davon, dass die erforderlichen Antworten für die verschiedenen Staaten und Gemeinden der EU ganz unterschiedlich ausfallen werden. Sie alle nämlich haben mit ganz speziellen regionalen Herausforderungen und unter unterschiedlichen Lebensverhältnissen zu bestehen.

Wir alle wissen nur zu gut, dass es in Europa immer noch sehr unterschiedliche Lebensstandards gibt. Wie gehen wir künftig damit um?

Ich bin der Meinung, und das gilt auch für die kommunale Ebene, dass wir in Zukunft Gleiches ungleich behandeln müssen, um Gerechtigkeit zu erzielen. Nicht alle müssen gleich, mit den gleichen Mitteln gefördert werden, sondern eben nach ihren ganz speziellen Problemen und Bedürfnissen.

EU-Parlament und EU-Kommission haben den Städten und Gemeinden sehr bewusst eine zentrale Rolle zugewiesen, denn hier findet sich die größte Nähe zum Bürger. Sie haben dies getan,

- wohlwissend, dass die Sicherung des Friedens in den Städten die wichtigste Aufgabe kommunalen Handelns im 21. Jahrhundert sein wird;
- wohlwissend, dass die Städte zunehmend internationaler in ihrer Bevölkerungsstruktur werden;
- wohlwissend, dass von Globalisierung ausgelöste Probleme zwar in den Städten erlebt, aber nicht allein vor Ort gelöst werden können.

Ich bin überzeugt davon, daran haben sie Recht getan. Wir werden diese schwierigen Aufgaben gemeinsam mit unseren BürgerInnen meistern. Wir werden Antworten finden und gute Beispiele austauschen. Und dazu werden wir heute und morgen in Mülheim an der Ruhr beitragen.

Ich wünsche uns dabei viel Erfolg, gute Gespräche und viele neue Kontakte.